



Per E-Mail
Über das DIR – BA-Geschäftsstelle Ost
bag-ost.dir@muenchen.de
An den BA 16 - Ramersdorf-Perlach
Herr Kauer

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

Anfrage: Auswirkungen von Anzeige-Plattformen darlegen

BA-Antrag Nr. 20-26 / B 06773 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 16 - Ramersdorf-Perlach

Sehr geehrter Herr Kauer,

zu Ihrem Antrag vom 14.05.2024 teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Ihre Anfrage konnte aufgrund der komplizierten Gemengelage leider erst jetzt beantwortet werden. Dies bitten wir zu entschuldigen. Die Beantwortung der Fragen fällt zuständigkeitshalber teilweise an das Polizeipräsidium München, welches von uns um Beantwortung der Fragen gebeten wurde.

Beantwortung durch das Mobilitätsreferat:

Zu Frage 3

Unterstützt die Landeshauptstadt München die Portale in irgendeiner Form (z.B. Hinweise gegenüber Bürgern, Kooperation mit Anbietern o.ä)?

Nein die Portale werden nicht unterstützt und auch von anderen Referaten ist eine solche Kooperation nicht bekannt.

Zu Frage 6

Gibt es seitens der Landeshauptstadt München Überlegungen ggf. auch Initiativen für Rechtsänderungen anzustoßen?



Nein solche Initiativen sind aktuell nicht bekannt auch von anderen Referaten nicht.

Beantwortung durch das Polizeipräsidium:

„Unter Einbeziehung der drei regionalen Abschnitte des Polizeipräsidioms München können wir zu den Fragen aus dem BA 16 folgende Antworten zuliefern.

Zu Frage 1

Wie hoch ist das Aufkommen von angezeigten Ordnungswidrigkeiten über eigens dafür geschaffene Plattformen wie weg.li? Ist eine Steigerung erkennbar?

Der Eingang von Anzeigen über Anzeigenplattformen wie weg.li wird vor allem bei den innerstädtischen Polizeiinspektionen beobachtet, während auf den Inspektionen im Landkreis München Mitteilungen mittels Kontaktformular oder persönlich/telefonisch überwiegen. Durch die Polizeiinspektionen im Stadtgebiet München werden derzeit im Schnitt ca. 1850 Anzeigen über Anzeigenportale pro Monat bearbeitet.

Eine Steigerung der Zahlen wird beobachtet, wengleich die Entwicklung von Inspektion zu Inspektion unterschiedlich verläuft und vom Vorhandensein mehrerer entsprechend aktiver „Anzeigeerstatte“ im jeweiligen Zuständigkeitsbereich abhängt.

Zu Frage 2

Welche Personalressourcen werden für die Bearbeitung von Anzeigen/Meldungen über derartige Portale aufgewandt?

In der Addition aller auf den Polizeiinspektionen im Stadtgebiet eingehenden Anzeigen müssen für deren Bearbeitung derzeit insgesamt ca. 5.400 Arbeitsstunden pro Jahr aufgewendet werden. Auf den Polizeiinspektionen erfolgt eine Prüfung der Anzeigen auf Vollständigkeit und Tatbestandsmäßigkeit durch die jeweiligen Verkehrssachbearbeiter. Derzeit geht das Polizeipräsidium München dazu über, die anschließende Eingabe der Anzeigen in das entsprechende Erfassungsprogramm zentral durch Angestellte bei der Verkehrspolizeiinspektion München Verkehrsanzeigen durchzuführen zu lassen. Alles in Allem bedeutet dies jedoch einen erheblichen Mehraufwand.

Zu Frage 4

Wie werden derartige Portale mit Blick auf die Toleranz in der Stadtgesellschaft beurteilt?

Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung erzeugen bei der Polizei den Eindruck, dass die Toleranz innerhalb der Stadtgesellschaft durch die Anzeigenaktivitäten durchaus Schaden nimmt. Auf der Seite der Betroffenen wird mit Verstimmung festgestellt, dass die Anzeigenerstatte aus ganz anderen Wohnvierteln kommen, während die Bewohner des betroffenen Gebietes einvernehmlich versuchen, eine Balance zwischen Parkraumbedarf und verbleibenden Restgehwegbreiten zu erhalten.

Mit Blick auf die Seite der besonders aktiven Massenanzeiger ist zu beobachten, dass hier teilweise zunehmend rigoroser ohne Rücksicht auf die Umstände des Einzelfalles gearbeitet wird. So werden mittlerweile auch vermehrt ambulante Pflegedienste, Taxifahrer mit mobilitätseingeschränkten Fahrgästen, Liefer-/Paketdienste und sogar Müllentsorgungsfahrzeuge und Einsatzfahrzeuge von Rettungsdiensten angezeigt.

Zu Frage 5

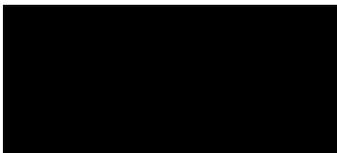
Werden Mediationsbemühungen verfolgt, um entstehende Konflikte friedlich beizulegen?

Mediationen dürften aus Sicht der Polizeiinspektionen aufgrund des erheblichen Zeitaufwandes nur bei sog. Massenanzeigerstattern zielführend sein. Jedoch zeigen einzelne Kontaktaufnahmen, beispielsweise nach der Anzeigerstattung gegen Pflegedienstkräfte, dass an einem Austausch seitens der Massenanzeigerstatter kein Interesse besteht. Vielmehr ziehen sich die Angesprochenen auf die Aussage zurück, dass die Polizei „geltendes Recht umsetzen soll“, oder fordern die Möglichkeit einer anonymen Anzeigerstattung, um so Diskussionen mit den Betroffenen zu vermeiden.“

Wir hoffen wir konnten Ihre Anfrage zufriedenstellend beantworten.

Der Antrag des Bezirksausschusses ist damit satzungsgemäß erledigt.

Mit freundlichen Grüßen



- II. **über das DMS (E-Akte) an MOR-GL5**
mit der Bitte um Abschluss des RIS und DMS-Vorganges
- III. **Ablage bei MOR-GB1.23**